



7. Bundeskonferenz Forst und Naturschutz der Beamt*innen und Angestellten in Forst und Naturschutz

am 10. März 2022 in Form einer Videokonferenz



Klimawandel – wie geht's weiter?

Im Vorfeld der Bundeskonferenz wurde den demokratischen Parteien das IG BAU-Positionspapier „Wald in Not“ zur Verfügung gestellt und um Beantwortung der drei konkreten Fragen gebeten:

1. Bitte nehmen Sie möglichst konkret Stellung zu unseren Forderungen im Positionspapier „Wald in Not“.
2. Wie stellen Sie sich die zukünftige Finanzierung der Gemeinwohl-Leistungen des öffentlichen Waldes und des Privatwaldes vor?
3. Welche politischen Weichenstellungen sind nötig, um den Aufbau eines klimaresilienten Waldes zu ermöglichen?

Politisches Statement: Bundestagsabgeordneter Hermann Färber; MdB, Vorsitzender des Ausschusses Ernährung und Landwirtschaft im deutschen Bundestag und sowie forstpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



Hermann Färber

Mitglied des Deutschen Bundestages für die CDU/CSU-Fraktion
Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft

Stellungnahme von Hermann Färber, MdB

Vorsitzender des Ausschusses Ernährung und Landwirtschaft im deutschen Bundestag und forstpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion anlässlich der 7. Bundeskonferenz der Beamtinnen und Angestellten in Forst und Naturschutz der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) am 10. März 2022:

„Unsere deutschen Wälder dienen der forstwirtschaftlichen Nutzung und spielen gleichzeitig eine entscheidende Rolle für den Klimaschutz und bei der Bewahrung der Artenvielfalt.

Hinsichtlich des Klimawandels erfüllen sie drei Funktionen:

Erstens binden sie große Mengen CO₂, zweitens verursacht Bauholz aus Deutschland weniger Klimaschäden als bei Importholzern, die über weite Strecken transportiert werden und drittens ersetzt Holz beispielsweise Zement, bei dessen Produktion große Mengen Kohlendioxid entsteht. Insgesamt erzeugt der Bausektor durch das Errichten, Betreiben und Abreißen von Gebäuden und Infrastrukturen zirka 40 Prozent der globalen Treibhausgas-Emissionen.

Ökologisch intakte Forsten und die wirtschaftliche Nutzung von Holz sind also kein Widerspruch, im Gegenteil, sie bedingen einander.

Deshalb muss die Bundesregierung ein klares Bekenntnis zur nachhaltigen Forstwirtschaft und Holznutzung ablegen.

Wir brauchen Wälder, die unter den Bedingungen des Klimawandels stabil und anpassungsfähig sind. Der Wald, den wir heute pflanzen, muss mit dem Klima in 50, 60 Jahren noch gut zurechtkommen. Der Zukunftswald ist ein robuster, für den jeweiligen Boden und das jeweilige Klima passender Mischwald. Wichtig für dessen Aufbau sind standortangepasste Baumarten mit entsprechender Klimaresilienz.

Damit es sich für Waldbesitzer jedoch lohnt, ihren Wald zu bewirtschaften und den Waldumbau klimagerecht zu gestalten braucht es eine finanzielle Honorierung der Klimaschutzleistungen des Waldes, auch unter Einbeziehung der Holzprodukte, zum Beispiel durch eine CO₂-Bindungsprämie, wie wir es als CDU/CSU-Bundestagsfraktion immer gefordert haben.

Die nachhaltig bewirtschafteten Wälder in Deutschland erfüllen zahlreiche Leistungen für den Klima-, Wasser- und Bodenschutz, die derzeit nicht honoriert werden. Für diese Ökosystemleistungen müssen Fördermodelle entwickelt und umgesetzt werden, um diesen wertvollen Potentialen einen angemessenen Wert entgegenzusetzen.

Damit einhergehend muss der Einsatz von Holz als Bau-, Werk- und Brennstoff verstärkt gefördert werden und rechtliche sowie bürokratische Hemmnisse abgebaut werden.

Es braucht eine Holzbauoffensive. Die Bauwirtschaft muss zu einer Kreislaufwirtschaft werden, die mehr auf heimischen Baustoffen, wie Holz, basiert. Dabei gilt es auch das große Potenzial der Nachverdichtung, Aufstockung von Gebäuden, An- und Ausbauten auszuschöpfen.

Der Staat muss beim Holzbau eine Vorreiter- und Vorbildfunktion einnehmen. Die Bauordnungen müssen novelliert werden, um den Holzbau zu erleichtern. Der Bund sollte dies mit seiner Musterbauordnung unterstützen, die zusammen mit konkretisierenden Baubestimmungen und Richtlinien entsprechend dem neuesten Stand der Technik angepasst werden muss. Die technischen und anderen Regelwerke von Bund und Ländern sind daraufhin aufeinander abzustimmen.

Weiterhin müssen die stofflichen Eigenschaften von Nadel- und Laubholz verstärkt erforscht werden, um den Baustoff Holz weiter zu verbessern und die Einsatzmöglichkeiten zu erweitern.

All dies gilt entsprechend auf europäischer Ebene. Die Europäische Kommission ist daher aufzufordern, diese Strategien im Green Deal aufzugreifen und entsprechend umzusetzen.

Im Mittelpunkt aller Erwägungen muss jedoch der Mensch stehen, denn ohne gut ausgebildetes, ausgestattetes und qualifiziertes Forstpersonal können Waldumbau, Aufforstung und Waldbewirtschaftung nicht gelingen.

In den staatlichen Wäldern gibt es einen großen Engpass an Fachkräften, die durch Einstellungsstopps in einigen Bundesländern verursacht werden. Hier sind die Länder gefordert, dieses Problem schnell zu lösen.

Schadholzbeseitigung, Aufforstung und Pflege der Wälder sind eine Mammutaufgabe, für die es verstärkt FörsterInnen, ForstwirtInnen und wesentlich mehr qualifiziertes Personal braucht als bisher. Darüber hinaus werden viele ForstwirtInnen in den nächsten Jahren in Rente gehen, das wird den Fachkräftemangel zusätzlich verstärken. Daher ist es für die öffentlichen Forstverwaltungen unerlässlich, Stellen aufzubauen, fachgerecht zu besetzen und auch selbst mehr auszubilden und Azubis zu übernehmen.

Der Wald in Deutschland umfasst rund 11,4 Millionen Hektar. Das sind 32 Prozent der Gesamtfläche unseres Landes. Um dieses Gebiet instand zu halten und zu bewirtschaften, braucht es motivierte, tüchtige und gerecht entlohnte Menschen, Menschen für die sich auch die IG Bau einsetzt.

Dafür gebührt Ihnen allen Anerkennung und Dank!“